

Schnellübersicht

Vorwort	27	
Materielle Grundlagen des Zuwendungsrechts	31	I
Das Verwaltungsverfahren bei Zuwendungen	149	II
Einzelfragen	433	III
Literaturverzeichnis	529	IV
Stichwortverzeichnis	533	V

Gesamtinhaltsübersicht

Vorwort zur 3. Auflage	27
Abkürzungsverzeichnis	28
I. Materielle Grundlagen des Zuwendungsrechts	31
1. Zuwendungen als staatliche Gestaltungsinstrumente	35
1.1 Gesellschaftspolitische Bedeutung von Zuwendungen ..	36
1.2 Förderpolitische Funktion.....	38
1.3 Vorteile von Zuwendungen für die öffentliche Hand.....	38
1.4 Finanzielle Bedeutung von Zuwendungen	40
1.5 Handlungsfelder von Bund, Ländern und Gemeinden ...	41
1.6 Vom Geben und Nehmen der öffentlichen Hand.....	43
2. Das Regelungssystem des Zuwendungsrechts	44
2.1 Homogenität des Zuwendungsrechts von Bund und Ländern	45
2.2 §§ 23 und 44 Abs. 1 BHO/LHO als Ankernormen	46
2.3 § 23 Satz 2 BHO	48
2.4 Weitere gesetzliche Regelungen des Zuwendungsrechts	51
2.5 Rechtsverordnung zur Förderung von Gemeinden durch den Bund	52
2.6 Allgemeine Verwaltungsvorschriften.....	52
2.7 Besondere Verwaltungsvorschriften	55
3. Förderprogramme und Förderrichtlinien	55
3.1 Förderprogramme	56
3.2 Funktion von Förderrichtlinien.....	57
3.3 Erlass von Förderrichtlinien	59
3.4 Änderung von Förderrichtlinien	61
3.5 Bekanntmachung von Förderrichtlinien	61
3.6 Rechtscharakter von Förderrichtlinien.....	62

3.7	Bezugnahme auf Förderrichtlinien in Zuwendungsbescheiden	65
3.8	Keine richterliche Interpretation von Förderrichtlinien	67
3.9	Der Grundsatz vom Vorbehalt des Gesetzes bei Zuwendungen	68
4.	Der Zuwendungsbegriff	69
4.1	Der Zuwendungsbegriff im Regelwerk	70
4.2	Vier wesentliche Merkmale von Zuwendungen	72
4.3	Abgrenzung zu Sachleistungen	73
4.4	Abgrenzung zu Leistungen, auf die ein dem Grund und der Höhe nach unmittelbar durch Rechtsvorschriften begründeter Anspruch besteht.....	74
4.5	Abgrenzung zum Ersatz von Aufwendungen.....	76
4.6	Abgrenzung von Zuwendungen aufgrund von öffentlichen Aufträgen.....	76
4.7	Abgrenzung zu Mitgliedsbeiträgen und Pflichtumlagen	79
4.8	Abgrenzung zu Billigkeitsleistungen.....	80
4.9	Abgrenzung zu Dienstleistungen	82
4.10	Abgrenzung zu Geldleistungen an juristische Personen des öffentlichen Rechts, die vom Bund oder einem Land ganz oder zum Teil zu unterhalten sind.....	82
4.11	Abgrenzung zu Geldpreisen, Stipendien und Spenden.....	83
4.12	Abgrenzung zu Subventionen; Subventionsbetrug	84
5.	Der Zuwendungszweck.....	87
5.1	Zwei Komponenten.....	88
5.2	Gegenständlicher Zweck.....	88
5.3	Förderziel	90
5.4	Zusammenhang von gegenständlichem Zweck und Förderziel	90
6.	Das erhebliche staatliche Interesse als Fördervoraussetzung	92

6.1	Erhebliches Interesse als Veranschlagungsvoraussetzung	92
6.2	Erhebliches Interesse als Bewilligungsvoraussetzung	95
7.	Der Grundsatz der Subsidiarität.....	96
7.1	Gesellschaftspolitische Bedeutung	96
7.2	Übertragung auf das Zuwendungsrecht	97
8.	Die Zuwendungsarten	99
8.1	Zuwendungsarten	100
8.2	Projektförderung	100
8.3	Institutionelle Förderung.....	102
8.4	Abgrenzungsmerkmale von Projektförderung und institutioneller Förderung	105
8.5	Sich wiederholende Projektförderungen.....	106
8.6	Projektförderung neben institutioneller Förderung.....	107
8.7	Omnibusprinzip und quasi-institutionelle Förderung.....	109
9.	Die Finanzierungsarten.....	111
9.1	Finanzierungsarten	111
9.2	Fehlbedarfsfinanzierung	112
9.3	Anteilfinanzierung	114
9.4	Festbetragsfinanzierung.....	116
9.5	Vollfinanzierung.....	121
9.6	Übersicht über die Finanzierungsarten	123
10.	Die Finanzierungsformen	125
10.1	Finanzierungsformen.....	125
10.2	Unbedingt rückzahlbare Zuwendungen	126
10.3	Bedingt rückzahlbare Zuwendungen.....	128
10.4	Nicht rückzahlbare Zuwendungen.....	129
10.5	Abgrenzung Rückzahlbarkeit von Erstattung.....	129
11.	Veranschlagung von Zuwendungen im Haushaltsplan ...	130
11.1	Ermächtigungsgrundlage für die Gewährung	131

11.2	Bürgschaften als Alternative zu Zuwendungen.....	131
11.3	Ausgabengruppe nach der Haushaltssystematik.....	132
11.4	Veranschlagung von Projektförderungen.....	133
11.5	Veranschlagung von institutionellen Förderungen.....	135
11.6	Veranschlagung von Zuwendungen für Baumaßnahmen, größere Beschaffungen und Entwicklungsvorhaben	144
11.7	Prüffragen für die Veranschlagung von Zuwendungen im Haushaltsplan	147
II.	Das Verwaltungsverfahren bei Zuwendungen	149
1.	Verfahrensrecht bei Zuwendungen.....	161
1.1	Materie des öffentlichen Rechts	161
1.2	Geltung des Verwaltungsverfahrensgesetzes.....	162
1.3	Haushaltsrechtliche Verfahrensvorgaben	163
2.	Die Phasen des Zuwendungsverfahrens.....	163
3.	Der Zuwendungsantrag.....	164
3.1	Allgemeines	165
3.2	Antragstellung.....	166
3.3	Mindestbestandteile eines Antrags zur Projektförderung	167
3.4	Mindestbestandteile eines Antrags zur institutionellen Förderung	168
3.5	Allgemeiner Antragsvordruck.....	168
3.6	Beispiel für einen allgemeinen Antragsvordruck – Projektförderung – Zuwendungsantrag.....	169
4.	Die fachliche Unterlage des Zuwendungsantrags	175
4.1	Projektbeschreibung oder Arbeitsplan	175
4.2	Projektbeschreibung bei Projektförderungen.....	176
4.3	Arbeitsplan bei institutionellen Förderungen	177
4.4	Beispiel für die Struktur einer Projektbeschreibung anhand der vier „W-Fragen“	178

5.	Die monetäre Unterlage des Zuwendungsantrags.....	180
5.1	Grundsätzliches	181
5.2	Finanzierungsplan bei Projektförderungen.....	181
5.3	Kalkulationsgrundlagen	182
5.4	Sperren	183
5.5	Verknüpfung von Finanzierungs- und Meilensteinplan..	183
5.6	Finanzierungsübersicht.....	184
5.7	Wirtschaftsplan bei institutionellen Förderungen.....	185
5.8	Beispiel für einen Finanzierungsplan.....	187
5.9	Beispiel für eine Verknüpfung von Arbeitspaketen (AP) und Finanzierung	189
6.	Zuwendungsfähige Ausgaben	190
6.1	Begriff der zuwendungsfähigen Ausgaben.....	190
6.2	Bewilligungszeitraum.....	192
6.3	Vorsteuerabzugsberechtigung.....	193
6.4	Generell ausgeschlossene zuwendungsfähige Ausgaben	195
6.5	Kalkulatorische Ansätze.....	195
6.6	Fiktive Ausgaben	196
6.7	Ausgaben bei Interessenvermischung	197
6.8	Bewirtungsausgaben, Alkohol, Geschenke.....	198
6.9	Zuwendungen auf Kostenbasis.....	199
7.	Enger oder weiter Ansatz bei zuwendungsfähigen Ausgaben	200
7.1	Grundsatzentscheidung.....	200
7.2	Enger Ansatz (ohne Grundausstattung).....	201
7.3	Begründung für Vollfinanzierung.....	202
7.4	Finanzierung von Ersatzkräften	202
7.5	Weiter Ansatz (mit Grundausstattung)	203
8.	Pauschalen	204
8.1	Soll-Vorschrift	204

8.2	Vereinfachung durch Standardisierung.....	205
8.3	Bemessung von Pauschalen	206
8.4	Pauschale als Zuschlag	208
8.5	Regelmäßige Überprüfung.....	209
8.6	Gefahr der Doppelabrechnung	209
9.	Deckungsmittel.....	209
9.1	Begriff	209
9.2	Mit dem Zuwendungszweck zusammenhängende Einnahmen (hier insbesondere: Eintrittsgelder, Teilnehmerbeiträge, Verkaufserlöse).....	211
9.3	Kalkulation von mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen	212
9.4	Eigenmittel des Zuwendungsempfängers.....	213
9.5	Leistungen Dritter	214
9.6	Berücksichtigung von Spenden bei den Ländern	215
9.7	Berücksichtigung von nachträglich hinzutretenden Spenden und Eintrittsgeldern beim Bund.....	217
10.	Die Prüfung des Zuwendungsantrags	223
10.1	Bedeutung der Antragsprüfung	223
10.2	Strukturierter Prozess	224
10.3	Interessenbekundungsverfahren	224
11.	Inhaltlich-fachliche Prüfung	226
11.1	Prinzip der Bestenauslese bei Projektförderungen	227
11.2	Nutzwertanalysen	227
11.3	Durchführung der Nutzwertanalyse.....	228
11.4	Gefahren der Nutzwertanalyse.....	229
11.5	Beispiel für eine Nutzwertanalyse	229
11.6	Einbeziehung monetärer Gesichtspunkte in die Bestenauslese.....	230
11.7	Beteiligung von externen Gutachtern oder Auswahlgremien (Jurys).....	233

11.8	Inhaltlich-fachliche Prüfung bei institutionellen Förderungen	234
11.9	Einfache Förderungen.....	235
12.	Formulierung des Förderziels	235
12.1	Grundsätzliches	236
12.2	SMART-Konzept der Zieldefinition	237
12.3	Merkmal „spezifisch“	237
12.4	Merkmal „messbar“	238
12.5	Merkmal „angemessen“	239
12.6	Merkmal „realistisch“	240
12.7	Merkmal „terminiert“	240
12.8	Mitwirkung des Antragstellers.....	241
12.9	Dokumentation der Zielbestimmung	242
12.10	Beispiele für smarte Förderziele	243
12.11	Einfache Förderungen.....	244
12.12	Bindung des Zuwendungsempfängers an das Förderziel	245
12.13	Absehen von der Bindung des Zuwendungsempfängers an das Förderziel	246
13.	Feststellung der zuwendungsfähigen Ausgaben	247
13.1	Minimalprinzip.....	248
13.2	Durchführung der Prüfung.....	248
13.3	Höchstgrenzen für zuwendungsfähige Ausgaben	251
13.4	Mindestgrenzen für zuwendungsfähige Ausgaben.....	252
14.	Ordnungsgemäße Geschäftsführung, Bonität und Nachhaltigkeit	252
14.1	Ordnungsgemäße Geschäftsführung	252
14.2	Bonität.....	256
14.3	Nachhaltigkeit der Förderung	256
15.	Bemessung der Höhe der Zuwendung	258
15.1	Zuwendungsfähige Ausgaben als Grundlage.....	258

15.2	Fehlbedarfsfinanzierung	258
15.3	Berechnung des Fehlbedarfs	259
15.4	Einnahmen und Drittmittel	259
15.5	Eigenmittel des Zuwendungsempfängers.....	260
15.6	Eingeschränkte Anwendung der Fehlbedarfsfinanzierung	262
15.7	Anteilfinanzierung	263
15.8	Interesse von Zuwendungsempfänger und Zuwendungsgeber	263
15.9	Festbetragsfinanzierung.....	265
15.10	Vollfinanzierung	266
15.11	Festsetzung der Zuwendung als Höchstbetrag	266
16.	Ergebnis der Antragsprüfung.....	267
16.1	Bewilligung oder Ablehnung	267
16.2	Dokumentationspflicht.....	268
16.3	Inhalt des Vermerks.....	268
17.	Die Bewilligung der Zuwendung	269
17.1	Zuwendungsbescheid	269
17.2	Zuwendungsvertrag.....	272
17.3	Objektiver Empfängerhorizont	273
17.4	Beispiel für einen Zuwendungsbescheid.....	273
17.5	Haupt- und Nebenbestimmungen im Zuwendungsbescheid	277
17.6	Allgemeine Nebenbestimmungen	278
17.7	Besondere Nebenbestimmungen	281
17.8	Übermittlungsform des Zuwendungsbescheids	284
18.	Die Ablehnung des Zuwendungsantrags	285
19.	Die Auszahlung der Zuwendung	287
19.1	Grundsätzliches	288
19.2	Voraussetzung bestandskräftiger Bescheid	288
19.3	Reihenfolge der Inanspruchnahme.....	289

19.4	Auszahlung nur für fällige Zahlungen	290
19.5	Ratenweise Auszahlung zur alsbaldigen Verwendung...	290
19.6	Taggenaue Auszahlung im Abrufverfahren (nur Bund)	291
19.7	Längere Vorauszahlung im Anforderungsverfahren (Bund und Länder)	292
19.8	Anforderungsverfahren beim Bund	292
19.9	Anforderungsverfahren bei den Ländern	294
19.10	Anforderung der Zuwendung über den Jahreswechsel hinaus	295
19.11	Berechnung der Frist zur alsbaldigen Verwendung	295
19.12	Auszahlungsverfahren bei institutioneller Förderung....	296
19.13	Mitteilungspflicht bei nicht alsbaldiger Verwendung	296
19.14	Widerrufsmöglichkeit des Zuwendungsbescheids bei nicht alsbaldiger Verwendung	297
19.15	Verzinsung bei nicht alsbaldiger Verwendung	297
19.16	Verzinsungsmöglichkeit bei Abweichung von der Reihenfolge der Inanspruchnahme.....	299
19.17	Widerruf des Zuwendungsbescheids nach Verzinsung...	299
19.18	Übersicht über das Auszahlungsverfahren	300
19.19	Nachgängige Auszahlung der Zuwendung.....	300
20.	Zwischennachweis bei Projektförderungen.....	301
20.1	Funktion des Zwischennachweises.....	302
20.2	Bestandteile des Zwischennachweises.....	302
20.3	Vorlage des Zwischennachweises.....	303
20.4	Monitoring.....	303
20.5	Widerrufsmöglichkeiten laufender Förderungen	303
21.	Verwendungsnachweis	305
21.1	Funktion des Verwendungsnachweises.....	306
21.2	Spiegelbildlichkeit des Verwendungsnachweises	306
21.3	Inhalt des Sachberichts	307
21.4	Sachbericht bei Projektförderungen	307

21.5	Sachbericht beim Zwischennachweis.....	308
21.6	Sachbericht bei institutioneller Förderung	308
21.7	Förderung von Baumaßnahmen	309
21.8	Beispiel für einen spiegelbildlichen Sachbericht.....	309
21.9	Inhalt und Struktur des zahlenmäßigen Nachweises	309
21.10	Zahlenmäßiger Nachweis bei Projektförderungen des Bundes.....	310
21.11	Zahlenmäßiger Nachweis bei Projektförderungen der Länder	311
21.12	Zahlenmäßiger Nachweis beim Zwischennachweis (Bund und Länder)	311
21.13	Zahlenmäßiger Nachweis bei institutionellen Förderungen	311
21.14	Zahlenmäßiger Nachweis bei Förderungen an Gebietskörperschaften	312
21.15	Zahlenmäßiger Nachweis bei Förderungen auf Kostenbasis	312
21.16	Beispiel für den zahlenmäßigen Nachweis einer Projektförderung (Bund)	312
21.17	Beispiel für die Belegliste einer Projektförderung (Bund).....	318
21.18	Einfacher Verwendungsnachweis	319
21.19	Verwendungsbestätigung	320
21.20	Belege.....	321
22.	Die Vorlage des Verwendungsnachweises.....	322
22.1	Materieller Begriffsinhalt	323
22.2	Vorlagefrist bei Projektförderungen.....	323
22.3	Vereinfachung des Fristbeginns in der Praxis.....	324
22.4	Abweichende Frist bei Förderungen an Gebietskörperschaften	325
22.5	Vorlagefrist bei institutionellen Förderungen.....	325
22.6	Abweichende Fristsetzung	325

22.7	Mängelfeststellungen der Rechnungshöfe	326
22.8	Erzwingung der Vorlage	326
22.9	Möglichkeit 1: Widerruf des Zuwendungsbescheids	327
22.10	Möglichkeit 2: Auszahlungsstopp	327
22.11	Möglichkeit 3: Einbehaltung einer Schlussrate	328
22.12	Möglichkeit 4: Nachträgliche Auszahlung der gesamten Zuwendung	329
22.13	Gewährung von Fristverlängerungen	329
23.	Die Prüfung des Verwendungsnachweises	329
23.1	Pflichtaufgabe	330
23.2	Unterschiedliche Regelungsdichte bei Bund und Ländern	330
23.3	Bewilligungsbehörde als prüfende Stelle	331
23.4	Beauftragter als prüfende Stelle	331
23.5	Prüfende Stelle bei gemeinsamen Förderungen	332
23.6	Regelung im Zuwendungsbescheid zur prüfenden Stelle	333
23.7	Zweistufiges Prüfungsverfahren beim Bund	334
23.8	Kursorische Prüfung auf der ersten Stufe	335
23.9	Durchführung der Prüfung	336
23.10	Abschluss der kursorischen Prüfung	336
23.11	Übergang zur vertieften Prüfung	337
23.12	Abgrenzung der kursorischen zur vertieften Prüfung	338
23.13	Auswahl der vertieft zu prüfenden Nachweise	338
23.14	Gewinnung von Stichproben	339
23.15	Anhörung des Bundesrechnungshofes	340
23.16	Ausnahmen vom Stichprobenverfahren	340
23.17	Durchführung der vertieften Prüfung	341
23.18	Vorlage der Belege, Auskunftspflicht	342
23.19	Stichprobe in der Stichprobe	342
23.20	Prüffragen für den Sachbericht einer Projektförderung	343

23.21 Prüffragen für den zahlenmäßigen Nachweis und die Belegliste einer Projektförderung	343
23.22 Prüfung des Verwendungsnachweises bei institutioneller Förderung	345
23.23 Prüfung des Sachberichts.....	346
23.24 Prüfung des Jahresabschlusses	346
23.25 Prüfung der Vermögensrechnung	348
23.26 Beauftragung von Wirtschaftsprüfern.....	349
23.27 Fristen für die Verwendungsnachweisprüfung.....	349
23.28 Zeitliche Vorgaben beim Bund	350
23.29 Stopp neuer Bewilligungen	351
23.30 Stopp laufender Auszahlungen	352
23.31 Vermerk über die Verwendungsnachweisprüfung.....	353
23.32 Vermerk bei der kursorischen Prüfung.....	353
23.33 Vermerk bei der vertieften Prüfung	354
23.34 Gemeinsame Förderung oder Beauftragung eines Dritten.....	355
23.35 Beispiel für einen Prüfungsvermerk – vertiefte Prüfung Projektförderung	355
23.36 Abschluss des Zuwendungsverfahrens gegenüber dem Zuwendungsempfänger	359
23.37 Prüfergebnis ohne Beanstandungen	359
23.38 Prüfungsergebnis mit Folgerungen	360
23.39 Besonderheit bei vorläufigen Zuwendungsbescheiden..	360
24. Erfolgskontrolle bei Zuwendungen	360
24.1 Rechtliche Vorgabe	361
24.2 Methodik.....	362
24.3 Abgestufte Erfolgskontrolle bei Zuwendungen.....	364
24.4 Erfolgskontrolle als eigenständige Prüfung.....	366
24.5 Konsequenzen für den Zuwendungsempfänger bei nicht erreichtem Förderziel	366

24.6	Konsequenzen für die Bewilligungsbehörde bei nicht erreichtem Förderziel.....	366
25.	Wegfall des Zuwendungsanspruchs	368
25.1	Fallvarianten für den Wegfall des Zuwendungsanspruchs	368
25.2	Keine automatische Unwirksamkeit des Zuwendungsbescheids bei Finanzierungsverbesserungen.....	368
26.	Rücknahme rechtswidriger Zuwendungsbescheide	370
26.1	Grundsätzliche Rücknahmemöglichkeit	371
26.2	Begriff der Rechtswidrigkeit	372
26.3	Einschränkung der Rücknahmemöglichkeit bei schutzwürdigem Vertrauen.....	374
26.4	Vorliegen schutzwürdigen Vertrauens.....	374
26.5	Ermessensausübung beim nicht vom Vertrauensschutz umfassten Teil der Zuwendung	376
26.6	Von vornherein kein schutzwürdiges Vertrauen, Ermessenslenkung	378
27.	Widerruf rechtmäßiger Zuwendungsbescheide	380
27.1	Grundsätzliche Widerrufsmöglichkeit	380
27.2	Nicht zweckentsprechende Verwendung.....	381
27.3	Unwirtschaftliche Verwendung der Zuwendung	384
27.4	Nicht alsbaldige Verwendung	386
27.5	Nicht mehr zweckentsprechende Verwendung.....	387
27.6	Auflagenverstöße.....	388
27.7	Umfang des Widerrufs.....	389
27.8	Zeitlicher Umfang des Widerrufs	389
27.9	Betragsmäßiger Umfang des Widerrufs.....	390
27.10	Ermessensausübung	391
27.11	Bagatellgrenzen für Rücknahme und Widerruf.....	392
28.	Frist für die Rücknahme oder den Widerruf	393
28.1	Jahresfrist, Entscheidungsfrist.....	394

28.2	Beginn des Fristlaufs	394
28.3	„Tatsachen“	396
28.4	Dokumentationserfordernis bei der Prüfung des Verwendungsnachweises.....	397
28.5	Keine Geltung der Jahresfrist.....	397
29.	Korrektur von Finanzierungsverbesserungen	397
29.1	Finanzierungsverbesserungen.....	398
29.2	Ermäßigungsklausel in den Allgemeinen Nebenbestimmungen	399
29.3	Fehlbedarfs- und Vollfinanzierung	400
29.4	Anteilfinanzierung	400
29.5	Festbetragsfinanzierung	401
29.6	Keine Verrechnung zwischen Einnahmenreduzierungen und Ausgabenermäßigungen	402
29.7	Bagatellgrenze.....	402
29.8	Auswirkung der Finanzierungsart auf die Ermäßigung der Zuwendung im Hinblick auf die Ermäßigungsklausel	404
29.9	Früheres Verständnis der Ermäßigungsklausel als auflösende Bedingung.....	405
29.10	Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zur Ermäßigungsklausel	405
29.11	Lösung für die Bewilligungsbehörden bei bereits erlassenen Zuwendungsbescheiden	407
30.	Korrektur von Finanzierungsverbesserungen – alternativ	410
30.1	Wirkungsgleicher Einsatz der Ermäßigungsklausel.....	410
30.2	Übertragung auf Zuwendungsbescheide.....	411
30.3	Zügige Prüfung und Schlussbescheid	413
30.4	Abschließende Festsetzung der Höhe der Förderung.....	414
30.5	Gemeinsame Förderungen von Bund und Ländern	415
31.	Erstattung der Zuwendung	415

31.1	Grundsatz.....	416
31.2	Umfang der Erstattung.....	416
31.3	Entreicherung	417
31.4	Verjährung des Erstattungsanspruchs.....	418
32.	Sonstige verwaltungsrechtliche Anforderungen.....	419
32.1	Schriftliche Festsetzung	420
32.2	Anhörung des Zuwendungsempfängers.....	420
32.3	Begründung des Verwaltungsakts.....	422
33.	Verzinsung des Erstattungsbetrags	422
33.1	Grundsätzliche Zinspflicht	423
33.2	Variabler Zinssatz	423
33.3	Zinsberechnung	424
33.4	Beginn des Verzinsungszeitraums, Fristberechnung	424
33.5	Ende des Verzinsungszeitraums	425
33.6	Absehen vom Zinsanspruch	426
33.7	Abweichungen in Ländern	427
33.8	Bagatellfälle	428
33.9	Elektronische Hilfe „zins-Online“	428
34.	Verzinsung bei nicht alsbaldiger Verwendung.....	429
34.1	Grundsatz.....	429
34.2	Tatbestand „nicht alsbaldige Verwendung“	430
34.3	Ermessensentscheidung	430
34.4	Gleiche Regelungen wie bei Erstattungszinsen.....	431
34.5	Beginn und Ende des Verzinsungszeitraums.....	431
34.6	Abweichen von der Reihenfolge der Inanspruchnahme der Deckungsmittel	432
III.	Einzelfragen.....	433
1.	Das zuwendungsrechtliche Ermessen	437
1.1	Begriff des Ermessens	437

1.2	Entschließungs- und Auswahlmessen	437
1.3	Zweck des zuwendungsrechtlichen Ermessens	438
1.4	Intendiertes Ermessen.....	439
1.5	Ermessensfehler.....	440
2.	Änderung von Zuwendungsbescheiden.....	442
2.1	Formelle und materielle Bestandskraft	442
2.2	Änderungen zulasten des Zuwendungsempfängers.....	443
2.3	Änderungen zugunsten des Zuwendungsempfängers...	444
2.4	Nachbewilligung oder Aufstockung der Zuwendung	445
2.5	Form der Änderung.....	447
3.	Möglichkeiten zur Abweichung von Verwaltungsvorschriften	448
3.1	Generelle Abweichungsmöglichkeiten.....	448
3.2	Abweichungsmöglichkeiten in Einzelfällen	449
3.3	Abweichungen zulasten von Zuwendungsempfängern .	449
3.4	Abweichungsmöglichkeiten bei gemeinsamen Förderungen	450
4.	Der vorzeitige Maßnahmenbeginn.....	450
4.1	Grundsatz.....	450
4.2	Rechtswidrigkeit der Förderung begonnener Maßnahmen.....	452
4.3	Definition des Maßnahmenbeginns	452
4.4	Zulassung einer Ausnahme vom Verbot.....	455
4.5	Stufenweiser Entscheidungsprozess	456
4.6	Bereits weitgehend abgeschlossene Prüfung des Zuwendungsantrags.....	458
4.7	Sich wiederholende Förderungen.....	458
4.8	Bereits begonnene oder abgeschlossene Maßnahmen	460
4.9	Zulassung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns durch Verwaltungsakt	461
4.10	Rückwirkende spätere Bewilligung der Förderung	461

5.	Das Besserstellungsverbot	462
5.1	Grundsatz.....	462
5.2	Auflage an die Zuwendungsempfänger.....	463
5.3	Geltung bei institutioneller Förderung	464
5.4	Geltung bei Projektförderungen – Bund.....	465
5.5	Geltung bei Projektförderungen – Länder.....	466
5.6	Vom Besserstellungsverbot bei Projektförderungen umfasste Beschäftigte – Bund	467
5.7	Vom Besserstellungsverbot bei Projektförderungen umfasste Beschäftigte – Länder	468
5.8	Inhalt des Besserstellungsverbots	468
5.9	Nichteinhaltung des Besserstellungsverbots.....	471
5.10	Gemeinsame Förderungen von Bund und Ländern	472
5.11	Zeitgemäßheit des Besserstellungsverbots	472
6.	Die Anwendung des öffentlichen Vergaberechts.....	473
6.1	Anwendungsfälle	474
6.2	Anzuwendende Vergabevorschriften.....	475
6.3	Inhalt der UVgO.....	476
6.4	Konsequenzen von Vergaberechtsverstößen.....	477
6.5	Möglichkeit der individuellen Befreiung von der Anwendung des Vergaberechts	480
6.6	Keine Verpflichtung zur Anwendung des Vergaberechts nach den ANBest.....	482
7.	Weiterleitung von Zuwendungen.....	482
7.1	Grundsätzliches	483
7.2	Anwendungsfälle für die Weiterleitung	484
7.3	Abgrenzung der Weiterleitung vom Auftrag	486
7.4	Zulassung der Weiterleitung	488
7.5	Der Weiterleitende als Zuwendungsgeber	489
7.6	Haftung des Weiterleitenden.....	489

7.7	Handlungsformen des Weiterleitenden gegenüber dem Empfänger der Weiterleitung.....	491
7.8	Als baldige Verwendung der Zuwendung bei der Weiterleitung.....	491
7.9	Auswahl und Kontrolle des Weiterleitenden durch die Bewilligungsbehörde	492
7.10	Durchgriff der Bewilligungsbehörde auf den Empfänger der Weiterleitung	495
7.11	Zusammenfassende Bewertung der Weiterleitung.....	496
8.	EU-Beihilfenrecht	496
8.1	Grundsätzliches	497
8.2	Begriff der staatlichen Beihilfe nach dem EU-Recht	497
8.3	Leistungen, die wegen ihres lokalen Charakters keine Beihilfen sind	501
8.4	Ausnahmen vom Verbot staatlicher Beihilfen	503
8.5	Notifizierung und Genehmigung von Beihilfen	505
8.6	Beihilfen, die ohne Notifizierung und Genehmigung gewährt werden dürfen	506
8.7	Rückforderung von Beihilfen, die nicht mit EU-Recht vereinbar sind	513
9.	Förderungen aus EU-Mitteln.....	515
9.1	EU-Fonds	516
9.2	Prinzip der geteilten Mittelverwaltung.....	517
9.3	Behörden zur Programmadministration.....	521
9.4	Veröffentlichung der Zuwendungsempfänger.....	522
9.5	Widerruf von Zuwendungsbescheiden bei Verstößen gegen Vorgaben der EU zur Mittelverwendung	523
9.6	Pauschalsätze für Finanzkorrekturen bei Verstößen gegen das Vergaberecht.....	524
10.	Die Prüfung durch die Rechnungshöfe.....	525
10.1	Prüfungszuständigkeit.....	525
10.2	Prüfungsmaßstab	526

10.3	Auskunfts- und Vorlagepflichten.....	526
10.4	Prüfungsdurchführung	527
IV.	Literaturverzeichnis	529
V.	Stichwortverzeichnis	533